

Zur Problematik
schwarz-roter
Kompromisse

Die Stimmung ist besser als die Wirtschaftspolitik

Hugo Müller-Vogg

Die Bürger sind, wie alle Umfragen zeigen, mit der schwarz-roten Regierung hochzufrieden. Die Kanzlerin selbst schneidet in Umfragen besser ab als ihre Vorgänger Helmut Kohl und Gerhard Schröder unmittelbar nach deren Amtsantritt. Die Unternehmen beurteilen ihre Geschäftsaussichten so gut wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Und die Konjunkturforscher sehen die deutsche Wirtschaft unmittelbar vor jenem Punkt, an dem sich die boomende Exportwirtschaft auf die lahrende Binnenkonjunktur auszuwirken beginnt.

Kein Wunder also, dass in Stellungnahmen der CDU ständig der „Merkel-Faktor“ bejubelt wird, ganz so, als habe die bisherige Oppositionsführerin allein durch ihren Einzug ins Kanzleramt den schlafenden Riesen Deutschland wachgeküsst, das Land aufgerüttelt und den Aufschwung eingeleitet: „Happy days are here again.“

Doch gemach. Dass die Wähler, die noch im September nicht wussten, was sie eigentlich wollen, sich beim Blick auf Berlin recht zufrieden im Fernsehsessel zurücklehnen, hat mit den bisherigen Leistungen der großen Koalition recht wenig zu tun. Auch strotzt die Wirtschaft nicht etwa deshalb vor Optimismus, weil die Manager den 194 Seiten langen Koalitionsvertrag mit zunehmender Begeisterung gelesen hätten. Nein, der mentale Aufschwung hat andere Ursachen.

Da ist zunächst einmal die deutsche Konsenssucht. Der an sich unpolitische Wunsch, wenn sich alle an einen Tisch

setzen und guten Willen zeigten, ließen sich die Probleme schon lösen, wird durch die große Koalition auf nahezu optimale Weise erfüllt. Zumal die Wähler froh sind, das Siechtum der abgewählten rot-grünen Koalition nicht länger verfolgen zu müssen. Zudem klingt die von der Kanzlerin wie dem Vizekanzler angestimmte Melodie „Wir haben uns alle lieb“ so schön beruhigend.

Positiv auf die Stimmung der Wähler, die vom Wahlkampf-Getöse des Jahres 2005 wie vom Koalitions-Hickhack nach dem 18. September „not amused“ waren, hat sich zudem ausgewirkt, dass die neue Kanzlerin außenpolitisch einen fehlerfreien Start hingelegt hat. Sie hat gegenüber dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush wie dem Kreml-Herrn Wladimir Putin selbstbewusst deutsche Positionen vertreten, ohne dabei den einen zu verärgern oder sich dem anderen anzubiedern. Auch zeigt das demonstrative Werben des französischen Staatsoberhauptes um „Angela“, dass Jacques Chirac Merkels Rückkehr zur alten deutschen Doppelrolle, nämlich zusammen mit Frankreich die europäische Einigung voranzutreiben und zugleich der engste Verbündete Washingtons auf dem Kontinent zu sein, sehr wohl respektiert.

Doch gemessen werden will diese Regierung – wie schon Rot-Grün – vor allem an ihren Erfolgen beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die aber kann nur sinken, wenn das Land nicht weiterhin im unteren Tabellendrittel der europäischen Wirtschaftsliga herumkriecht. Deshalb hat

die Regierung auch selbstbewusst verkündet, die Bundesrepublik solle innerhalb von zehn Jahren unter die drei wachstumsstärksten Länder Europas aufrücken. Das ist, wenn man an die einstige führende Rolle des Wirtschaftswunderlandes denkt, kein allzu ehrgeiziges Ziel. Gleichwohl ist nicht erkennbar, wie es erreicht werden kann.

Diese schwarz-rote Koalition ist eben – und das ist der entscheidende Unterschied zu 1966 – nicht das Bündnis zweier starker Partner, die zur Abarbeitung eines klaren Programms für eine befristete Zeit ihre Kräfte bündeln. Hier sind vielmehr zwei politische Gruppierungen vom Wähler zur Zusammenarbeit verdammt. Doch unterwerfen sie sich gerne diesem Joch, weil die eine nach sieben Jahren Opposition endlich wieder ins Kanzleramt wollte und die andere sich dachte, weiterhin mitzuregieren wäre immer noch besser, als künftig zu opponieren. So erinnert das Zustandekommen dieser Regierung an das Ende eines Boxkampfes, das beide Akteure nur deshalb stehend erreichten, weil sie sich aneinander festklammern und sich somit gegenseitig stützen.

Weil nicht zwei starke, sondern zwei angeschlagene Partner zueinander gefunden haben, halten Regierungserklärung und Regierungspraxis auf dem zentralen Feld der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik nicht, was der Titel „Mehr Freiheit wagen“ eigentlich verspricht. Natürlich wehrte sich die SPD – schon mit Blick auf die neue Konkurrenz am linken Rand – gegen eine Beschleunigung der Reformen, die Gerhard Schröder im Frühjahr 2003 mit der „Agenda 2010“ angekündigt und nur in Teilen verwirklicht hat. Gleichzeitig rückte die CDU – noch unter dem Eindruck des missglückten Reformwahlkampfes – von dem marktwirtschaftlichen Kurs ab, den Angela Merkel der Partei 2003 verordnet hatte. Die CSU wiederum war keine Hilfe bei der Ab-

wehr sozialdemokratischer Forderungen. So kam es zu dieser Marienkäfer-Koalition: viel Rot mit ein paar schwarzen Punkten.

Problematische Finanzpolitik

Einen ausgesprochen schlechten Start hatte die große Koalition in der Finanzpolitik. Hätte es nicht so viele Mahnungen gegeben, darunter auch indirekte Hinweise des Bundespräsidenten, die Regierung hätte für 2006 ganz locker einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Das unterblieb dann doch. Gleichwohl wird erst 2007 mit der Sanierung des Bundeshaushaltes begonnen und damit ein weiteres Jahr verschenkt. Aber auch dann wird nicht das noch im November vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch angekündigte „Heulen und Zähneklappern“ ausbrechen. Sicherlich ist die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung um gleich drei Prozentpunkte alles andere als eine populäre Maßnahme. Aber gleichzeitig führt der finanziell klamme Staat neue Wohltaten ein.

Inzwischen predigt Finanzminister Peer Steinbrück landauf, landab von der Notwendigkeit, der Staat müsse sich „auf unverzichtbare Aufgaben konzentrieren“. Seine Formel, wir brauchten „keinen fetten oder erdrückenden, sondern einen leistungsfähigen Staat“, kommt gut an. Diese wäre allerdings noch mit Inhalten zu füllen. Denn was nutzt die Erkenntnis, dass die Kassenlage zum Umdenken zwingt, wenn keiner laut zu denken wagt? Ein Konjunkturprogramm im Volumen von 25 Milliarden Euro zeugt jedenfalls nicht von neuem, sondern eher von altem Denken.

Schwarz-Rot wiegt die Bürger nicht in der Illusion, uns stünden blühende Zeiten bevor. Aber irgendwie scheut sich die Koalition auch, mit der notwendigen Deutlichkeit zu sagen, dass sich noch viel mehr ändern muss. Im Gegenteil: Immer wie-

der wird die Hoffnung genährt, es werde doch wieder alles ins Lot kommen – irgendwie, irgendwann.

Nur so ist zu verstehen, dass zum Beispiel der unheilvolle Trend zur Frühverrentung mit staatlicher Hilfe gefördert wird. So gehörte es zu einem der ersten Beschlüsse der Regierenden, dass ältere Arbeitslose (über 58) weiterhin Arbeitslosengeld bekommen, auch wenn sie der Bundesagentur für Arbeit mitteilen, sie wollten gar nicht mehr arbeiten. Dass dies die Motivation dieser Gruppe, sich um Arbeit zu bemühen, nicht gerade fördert, liegt auf der Hand. Dennoch soll diese Praxis weitergelten – jedenfalls bis Ende 2007. Verlängerung wohl nicht ausgeschlossen.

Ein zweites Beispiel für eine Politik des Geldausgebens mit leichter Hand: die Anhebung des Arbeitslosengeldes II in den neuen Ländern auf Westniveau. In der Tat ist die bisherige Differenzierung problematisch, weil der „Hartz IV“-Empfänger in großen ostdeutschen Städten sicherlich nicht billiger lebt als Arbeitslose im bayerischen Wald. Wenn also die vermeintliche Diskriminierung der Ostdeutschen abgestellt werden soll, dann wäre eine Unterscheidung nach Wohnort vernünftiger gewesen – und billiger oben drein.

Das dritte Beispiel für die bisweilen fehlende Konsequenz der schwarz-roten Politik: die Rentenpolitik. Sozialminister Franz Müntefering hat ein Gesetz angekündigt, die Alterseinkünfte – Rentenformel hin, Rentenformel her – bis zum Jahr 2009 nicht zu kürzen. Dass der stärkste Sozialdemokrat im Kabinett damit bereits Pflöcke für den Wahlkampf 2009 einschlägt, liegt auf der Hand. Denn dann wird er so argumentieren, dass nur eine starke SPD auch künftige Rentenkürzungen verhindern könne. Viel bedenklicher ist aber, dass mit dieser Vorgehensweise der Sanierungsbedarf im Rentensystem in den nächsten vier Jahren weiter zuneh-

men wird – und damit die Gefahr einer „harten Landung“.

Nun gibt es keinen Grund, alles in Bausch und Bogen zu verdammen, was Schwarz-Rot in den ersten hundert Tagen angepackt hat. Es gibt viele Beispiele, wo CDU, CSU und SPD anders vorgehen, als dies bei Rot-Grün der Fall war. So hat die Union der Streichung der Eigenheimzulage zugestimmt, ein finanziell wie symbolisch wichtiger Schritt zum Subventionsabbau. Dazu war die CDU/CSU freilich nicht bereit gewesen, als sie noch die Oppositionsbänke drückte.

Richtig und wichtig war auch, dass die Regierung ganz schnell bei einigen dubiosen Steuersparmodellen den Riegel vorgeschoben hat. Hilfreich wird auch sein, dass die Abschreibungsmöglichkeiten für den Mittelstand deutlich verbessert werden. In die gleiche Kategorie fällt die Entscheidung, von 2007 an die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte zu senken. Dass demnächst keine neuen Anträge zur Gründung von Ich-AGs zugelassen werden, ist ebenfalls zu begrüßen.

Fehlendes Leitbild

Das Bild, das die neue Regierung mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik abgibt, ist also ein zwiespältiges. Das kann auch nicht anders sein, weil den Regierungsfractionen ein gemeinsames Leitbild fehlt, der politisch-strategische Überbau. Demzufolge basteln die beiden Partner an einem Puzzle, nehmen die dazu benötigten Teile freilich von zwei verschiedenen Vorlagen. Die fügen sie zu einem bunten Bild zusammen, nicht zu einem stimmigen. Bei der Gesundheitspolitik waren die Koalitionäre wenigstens so ehrlich, sich zunächst einmal auf nichts festzulegen. Denn Gesundheitsprämie und Bürgerversicherung lassen sich nicht einfach kombinieren.

Aber die Ehrlichkeit, Ungeklärtes zu vertagen, bringt das Land nicht voran.

Die Reform der Pflegeversicherung, im „Superwahljahr 1994“ wider besseres Wissen als Umlagesystem eingeführt, ist ebenfalls verschoben worden. Und niemand kann sagen, wie eine schwarz-rote Lösung aussehen könnte, die mehr darstellt als ein paar Retuschen, um die Großkoalitionäre vor der Bundestagswahl 2009 nicht zum Schwur zu zwingen.

Nicht viel anders sieht es bei der dringend notwendigen Reform der Unternehmensbesteuerung aus. Die Koalition hat sich darauf festgelegt, sich zunächst auf nichts festzulegen. Jetzt werden erst einmal die Vorschläge des Sachverständigenrates und der Stiftung „Soziale Marktwirtschaft“ abgewartet, obwohl alle wissen, dass deren Steuer-Konzepte nicht vereinbar sein werden. Statt weniger kleiner Schritte erleben wir hier die Politik des großen Ausklammerns.

Besonders fatal ist, dass die Union sich von der SPD gleich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen die Erleichterung „betrieblicher Bündnisse“ abhandeln ließ. Weil nicht sein kann, was nach Meinung der Gewerkschaften nicht sein darf, bleibt der Arbeitsmarkt unflexibel, werden die Besitzer von Arbeitsplätzen unverändert gegenüber denen bevorzugt, die Arbeitsplätze suchen. Der Kombi-Lohn kann jedenfalls kein Ersatz für betriebsnahe Regelungen der Arbeitsbedingungen sein, schon gar nicht, wenn auch noch ein „Mindestlohn“ eingeführt würde. Es gibt nämlich bereits einen Mindestlohn in Form des Arbeitslosengeldes II. Und dieser „Mindestlohn“ sorgt dafür, dass mancher Arbeitsplatz im ohnehin zu kleinen Niedriglohnssektor unbesetzt bleibt.

Zwang zu Kompromissen

Wenn zusammenarbeitet, wer eigentlich nicht zusammengehört, dann zwingt das zu Kompromissen; ohne diese geht es in kleinen Koalitionen ebenfalls nicht. Doch führen solche Kompromisse bisweilen

nicht in eine neue Richtung, sondern verlängern nur den Trampelpfad in die falsche. Das zeigt die Diskussion um die Familienpolitik. Der Ansatz war, berufstätigen Paaren die Kindererziehung zu erleichtern, indem sie die Kosten für Kinderbetreuung und Haushaltsführung steuerlich geltend machen können. Um Mitnahmeeffekte auszuschließen, sollten die ersten 1000 Euro nicht abgesetzt werden können. Das war pragmatisch, kollidierte aber sofort mit der Abneigung der Sozialdemokraten gegen alles, was sich als Benachteiligung der so genannten kleinen Leute darstellen lässt, die gar nicht mehr als 1000 Euro für die Kinderbetreuung aufbringen können. Gleichzeitig beklagte vor allem die CSU eine Diskriminierung der nicht berufstätigen Mütter.

Das Ergebnis war ein Kompromiss nach der Art des guten, alten Bonner Sozialstaates. Familien mit nur einem Verdienner werden etwas entlastet und die „Reichen“ nicht so stark wie ursprünglich geplant. Damit können die Ideologen auf beiden Seiten leben. Nur: Der eigentliche Zweck der Operation, berufstätigen Eltern das Großziehen von Kindern zu erleichtern und gleichzeitig die privaten Haushalte stärker zu Arbeitgebern zu machen, lässt sich so nicht erreichen.

Wenn immer Politik mit der Gießkanne gemacht wird, sind die Ergebnisse für den Einzelnen alles andere als spektakulär. Bei den Beziehern mittlerer Einkommen führt die neue Regelung zu keiner großen Entlastung. Ein Beispiel: Familie mit einem Kind, der Vater verdient 30 000 Euro im Jahr und zahlt 1634 Euro Einkommensteuer. Kann er künftig die Kindergartengebühr von 1000 Euro im Jahr absetzen, reduziert sich seine Steuerlast auf 1488 Euro. Ersparnis: 146 Euro oder gut 12 Euro im Monat. Diese Ersparnis macht sich aber erst nach Abgabe und Bearbeitung des Lohnsteuerjahresausgleiches oder der Einkommensteuererklärung bemerkbar, also etwa ein Jahr später. Ganz abgesehen

von dem bürokratischen Aufwand, der mit einer solchen Prozedur verbunden ist: Wäre es da nicht einfacher, das Kindergeld zu erhöhen?

Alle diese Defizite schlagen indes noch nicht auf die politische Stimmung nieder. Denn natürlich lassen die positiven Nachrichten von der Konjunkturfront viele Bürger zumindest darauf hoffen, dass das Schlimmste vorüber und der Arbeitsplatzabbau per saldo mindestens gestoppt ist. Mit 1,4 Prozent Wachstum rechnet Wirtschaftsminister Michael Glos von Amts wegen – und mit bis zu zwei Prozent „persönlich“. Zugleich soll die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 350 000 auf 4,51 Millionen sinken. Ein Durchbruch wäre das nicht, aber wenigstens ein Hoffnungszeichen.

Die Prognose

Es war zweifellos richtig, dass die Regierung bei ihrer eigenen Wirtschaftsprognose unter dem bleibt, was die insgesamt optimistischeren Konjunkturforscher erwarten. Das erhöht die Seriosität der Haushaltsplanungen und verhindert Enttäuschungen, falls die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht an den kühnsten Vorhersagen orientieren sollte. Aber Grund, die zu erwartende konjunkturelle Erholung in diesem Jahr der eigenen Politik zuzuschreiben, hat die Regierung Merkel/Münchenering ebenso wenig wie die Neuaufgabe von „Plisch und Plum“, das Finanz- und Wirtschaftsduo Steinbrück/Glos. Was Wachstum und private Nachfrage in diesem Jahr beflügelt, hat nämlich mit der konkreten schwarz-roten Politik wenig zu tun.

Das ist zum einen die Tatsache, dass die Weltwirtschaft – ganz ohne deutsche „Lokomotive“ – brummt. Weil viele deutsche Unternehmen sich in den vergangenen Jahren erfolgreich umstrukturiert haben, können sie vom weltweiten Boom profitieren. Außerdem wird die Fußball-WM in Deutschland wie ein kleines

Konjunkturprogramm wirken, und zwar ohne zusätzliche Verschuldung. Schließlich dürfte im Herbst eine außergewöhnliche Kaufwelle einsetzen. Um die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 zu vermeiden, werden die Verbraucher manche Käufe vorziehen. Ebenso dürften Anschaffungen nachgeholt werden, die in den vergangenen Jahren zurückgestellt worden sind. Nur ja dem Fiskus nichts schenken: „Steuersparen ist geil.“

Nach dem Weihnachtsgeschäft 2006, voraussichtlich dem besten seit langem, wird jedoch mit Beginn des Jahres 2007 der graue Alltag wieder Einzug halten. Das Wachstum wird zurückgehen, die Beschäftigung sicher nicht mehr steigen. Auch der Staat wird jeden Euro zweimal umdrehen müssen, weil Deutschland 2007 bei der Neuverschuldung endlich wieder unter der Brüsseler Drei-Prozent-Grenze bleiben muss.

Dies alles wird man nicht in erster Linie der großen Koalition anlasten können. Aber nichts ist kürzer als das Gedächtnis der Wähler. Und die werden sich 2007 nicht mehr darüber freuen, dass ihnen 2006 mancher notwendige Einschnitt erspart geblieben ist, sondern sie werden mit „denen in Berlin“ unzufrieden sein, die bis dahin keine echte Wende geschafft haben werden.

So ist die politische Stimmung derzeit besser als die Lage. Denn beide Volksparteien – 35-Prozent-Parteien wäre wohl der treffendere Begriff – schreiben unverändert „sozial“ größer als „marktwirtschaftlich“. Das wird ihnen auf mittlere Sicht nicht helfen, sofern es ihnen nicht gelingt, die unsozialste Folge falsch verstandener sozialer Politik zu korrigieren – nämlich die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit. Dafür hat Schwarz-Rot aber die Weichen noch nicht gestellt. Dass die Aussichten bei einer wieder gewählten rot-grünen Regierung oder gar bei Rot-Grün-Rot nicht besser wären, ist da nur ein schwacher Trost.